Tirol



Im Kaunertal, hier der Gepatsch-Speicher, rumort es. In den nächsten Tagen soll es zu einer Aussprache mit Bürgermeister Josef Raich kommen. Foto: Zanger

Kaunertaler Vize tritt zurück, Wallnöfer: "Nichts bezahlt"

Was und wer steckte hinter dem Wahlkampf von Kaunertals BM Josef Raich? "Wir nicht", sagt Tiwag-Chef Wallnöfer.

Von Peter Nindler, Mathias Reichle

Innsbruck – Strategiepapiere von hofherr communikation, die auch den Landesenergieversorger Tiwag berät, Beraterstundenauflistungen für das "Sonderprojekt Kaunertal" und Wahlwerbung brachten zuletzt Kaunertals BM Josef Raich unter Druck. Seit Bekanntwerden der Dokumente ermittelt die Korruptionsstaatsanwaltschaft wegen möglicher Wahlkampffinanzierung durch die Tiwag.

Außer an Raich gibt es deshalb auch viele offene Fragen an die Tiwag und hofherr. Raich erklärte bereits, dass er lediglich 950 € für Wahlkampfaufwendungen an die Agentur Prologo gezahlt habe, die mehrheitlich hofherr

Tiwag-Chef Bruno Wallnöfer gab sich gestern gelassen: "Weder haben wir einen Gemeinderatswahlkampf bezahlt noch eine Agentur beauftragt, für den Bürgermeister den Wahlkampf zu managen." Und was hat es dann mit den Beraterstunden von hofherr auf sich? Wallnöfer: "Die Agentur hat einen Rahmenvertrag, wickelt aber auch diverse Einzelprojekte ab. Bei den Stundensätzen handelt es sich um Aufwendungen für den Speicherstandort und das Naturschutzverfahren für den Sondierungsstollen." Die Frage der Optik stelle sich deshalb nicht.

Deutlicher wurde da schon Tiwag-Aufsichtsratspräsident Ferdinand Eberle. "Die Geschichte ist ärgerlich, aber lächerlich." Keinesfalls habe es eine Wahlkampffinanzierung gegeben. "Das macht auch keinen Sinn." Und was bedeuten dann die Strategiepapiere

der Tiwag-Werbeagentur im Zusammenhang mit Raichs Wahlkampf? "Da hat wohl ein übereifriger Mitarbeiter der Agentur geglaubt, Raich benötigt Unterstützung. Das war eine Blödheit."

Agenturchef Georg Hofherr weist Spekulationen ebenfalls zurück: "Die Tiwag hat nie einen Auftrag an die hofherr communikation für den Gemeinderatswahlkampf der Heimatliste Kaunertal und/ oder Pepi Raich erteilt. Es ist daher auch keine Rechnung und keine Zahlung erfolgt." Und beim "Sonderprojekt Kaunertal" gehe es um Projektarbeiten für die möglichen Speicherstandorte. "Zuletzt wurde auch für den Sondierungsstollen ein Kommunikationskonzept vorbereitet sowie die Inhalte für den Newsletter erstellt."

Trotzdem: In der Gemeinde

rumort es. "Schockiert" und "gelähmt" sind die Worte, die Günther Spanninger gestern Nachmittag verwendete, um den Zustand der Bürgermeisterliste zu beschreiben. Der Vize-BM und Zweite auf der Heimatliste von Pepi Raich war erst von einer Konferenz aus Kanada zurückgekehrt. Gelegenheit, ausführlich mit dem Bürgermeister über die Vorwürfe zu sprechen, gab es noch nicht.

Am Abend überschlugen sich dann die Ereignisse: Nach einer Sitzung mit den Gemeindevorständen trat Spanninger aus persönlichen Gründen zurück. Zuvor erklärte er noch, dass geklärt werden müsse, ob jemand etwas gewusst habe und wie man sich weiter verhalten wolle. "Es gab nie Gespräche zwischen der Liste und hofherr", betonte Spanninger. Auf die Frage, wer die Wahlwerbung organisiert hat, antwortete er: "Sie oblag Raich." Nur er könne die Geschichte aufklären."

Bürger von Gemeinde schikaniert

Dass Bürger in Widmungsfragen kein Beschwerderecht haben, stößt Landesvolksanwalt Josef Hauser sauer auf. Er fordert Änderungen.

Von Peter Nindler

Innsbruck - Wenn sich Bürger gegenüber Behörden machtlos fühlen, wenden sie sich oft an den Landesvolksanwalt. 5488 waren es im Vorjahr. Erstmals ist die Anzahl der Beratungs- und Beschwerdefälle im Vorjahr jedoch um fünf Prozent zurückgegangen. Für Landesvolksanwalt Josef Hauser ist das ein Zeichen, dass die Verwaltung an sich gut arbeitet. Die Rückgänge an Beschwerden betreffen vor allem das Gewerbe- und Betriebsanlagenrecht, Wasserrecht und Wohnbauförderung. Aber auch die Anzahl der Kontakte im Sozialbereich (2009: 810 Anfragen) ist rückläufig.

Als größtes Sorgenkind stellte sich im Vorjahr jedoch die Raumordnung heraus. Hier fühlen sich viele Bürger oft von der Allmacht des Gemeinderats bei Flächenwidmungen vor den Kopf gestoßen. Um 13 Prozent mehr Beschwerdefälle verzeichnete die Volksanwaltschaft deshalb im Vorjahr. Ein Tiroler Ehepaar kann ein Lied davon singen.

Beide sind begeisterte Pferdezüchter und suchten seit Jahren ein Grundstück für die Errichtung einer Hofstelle. In Thaur ergab sich eine Möglichkeit. Um kein Risiko ein-

Die Ärzte an der Klinik sollen

zugehen, informierte sich das Ehepaar beim Land Tirol. Das Land gab aus Sicht der Raumordnung grünes Licht für die Umwidmung der Fläche von Freiland in eine "Sonderfläche Hofstelle". Auch die Gespräche mit dem Bürgermeister und den Gemeinderäten verliefen positiv, worauf das Ehepaar den Kaufvertrag abschloss. Doch dann folgte die böse Überraschung: Aus nicht nachvollziehbaren Gründen sprach sich der Gemeinderat gegen die Widmung aus.

Trotz dieser für das Ehepaar willkürlichen Entscheidung hat es laut Gesetz keine Beschwerdemöglichkeit im Verfahren. Es kann lediglich eine Individualbeschwerde beim Verfassungsgerichtshof eingebracht werden. "Hier muss man von einer Allmacht des Gemeinderates sprechen. Immer wieder werden solche Härtefälle an uns herangetragen", fordert Volksanwalt Hauser dringend eine Rechtsschutzmöglichkeit für die betroffenen Bürger. "Das Raumordnungsgesetz gehört in dieser Hinsicht dringend geändert."

Landtagspräsident Herwig van Staa, dem die Landesvolksanwaltschaft untersteht, steht dieser Forderung wegen des zu erwartenden Verwaltungsaufwandes jedoch sehr skeptisch gegenüber.

Van Staa: Noch 1,8 Mrd. € von EU für Tunnel möglich

Innsbruck - Landtagspräsident Herwig van Staa hat am Freitag einen raschen Baubeginn für den Brennerbasistunnel gefordert. Van Staa vertritt Tirol ja in verschiedenen Gremien der EU wie im Ausschuss der Regionen. "Natürlich kostet der Tunnel viel Geld, aber wir müssen jetzt die Förderung von der EU abholen." Bis 2013 hat sie für den Probestollen und den Bau 861 Millionen Euro zu den valorisierten Baukosten von 9,76 Mrd. Euro zugesagt.

"Wenn nicht gebaut wird, verfällt das Geld", erklärte van

Der Landtagspräsident ist optimistisch, dass in der nächsten Finanzperiode noch 1,6 bis 1,8 Milliarden an Förderungen von der EU möglich seien. "Diese Summe wurde inoffiziell bereits in Aussicht gestellt." Van Staa sieht auch schon Verlagerungsbeschlüsse. "Wenn diese nicht erfüllt werden, dann demonstriere ich höchstpersönlich auf der Europabrücke." (TT)



Ärztliche Direktorin an der Innsbrucker Klinik: Alexandra Kofler. Foto: Tilak

wieder mehr zusammenwachsen **Innsbruck –** Alexandra Kofler te", meinte Alexandra Kofler ist die neue Ärztliche Direk-

torin der Tilak an den Innsbrucker Kliniken. Die Neurochirurgin hat sich in einem mehrstufigen Auswahlverfahren gegen ihre männlichen Mitbewerber behauptet und folgt damit jetzt auch offiziell Wolfgang Buchberger nach, der als Prokurist in die Tilak-Geschäftsleitung wechselte und dessen Stellvertreterin sie seit 2004 war.

"Jetzt hat es geklappt. Jetzt bin ich dort, wo ich hinwollgestern bei ihrer Präsentation in Anspielung auf ihre erste Bewerbung 2004.

Tilak-Vorstand Andreas Steiner lobte die Neurochirurgin als "kompetent, kommunikativ und zielstrebig". All diese Eigenschaften wird Kofler brauchen, wenn sie eines ihrer vorrangigen Ziele umsetzen will: für eine offene Gesprächs- und transparente Entscheidungskultur am Klinikum sorgen.

Dazu gehört für die oberste

Tilak-Medizinerin auch, die angespannte Stimmung zwischen ihren Landesärzten und den der Universität unterstellten Bundesärzten zu verbessern. Sie stehe dazu im engen Kontakt und im Einvernehmen mit der Vizerektorin fürs Personal, betont Kofler.

Ihre Ziele hartnäckig zu verfolgen, hat Kofler jedenfalls schon 1977 als junge Studentin gelernt, "als ich mit 800 Kommilitonen um einen Platz an der Anatomie kämpfen musste". (sta)

Tirol in Kürze

Im Gespräch mit Europa

Innsbruck - Auch heuer feierte Tirol den Europatag am 7. Mai wieder mit vielen Partnerorganisationen im Innsbrucker Einkaufszentrum Sillpark. "Der Europatag mit seinen Angeboten ist eine gute Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen", freut sich der Chef der EU-Abeitlung Fritz Staudigl. (TT)



Das "Adolf-Pichler-Platz-Big-Band-Orchestra" spielte Euro-Töne. Foto: LPD

Geisler wünscht sich besseren Fahrplan

Innsbruck - ÖVP-Klubchef Josef Geisler fordert eine Verbesserung des ÖBB-Fernverkehrfahrplanes für Tirol. "Die Schwerpunkte bei der Verbesserung der Planung des Angebotes sollen die Halte bei den Bezirkshauptstädten und Verkehrsknotenpunkten Tirols darstellen", so Geisler. (TT)

Land prüft Klage gegen Aufzugskartell

Innsbruck – Auf Initiative der Liste Fritz – Bürgerforum Tirol hat sich der Tiroler Landtag einstimmig darauf geeinigt, eine Prüfung durch Sachverständige, ob Klagsansprüche bestehen, zu beauftragen. Bestehen Ansprüche aufgrund von Preisaufschlägen, will das Land Klage einbringen. (TT)

Für Grüne lässt Tilg viele Fragen offen

Innsbruck - Heftige Kritik üben die Grünen an Gesundheitslandesrat Bernhard Tilg. Tilg, so LA Gebi Mair, spreche mit doppelter Zunge, wenn er einerseits ständig die Notwendigkeit der Freiwilligen im Rettungsdienst hervorstreiche, aber die Ausschreibung das Gegenteil beinhalte. (TT)

Kasse: Schnellere Rückerstattungen

Innsbruck - Die Versichertenvertreter der Arbeiterkammer in der Krankenkasse konnten nunmehr erreichen, dass die TGKK-Rechnungen von Wahlärzten nun innerhalb von 14 Tagen an die Versicherten rückerstattet werden. AK-Präsident Zangerl ist jetzt zufrieden über diese Lösung. (TT)